

Erneuter Prozess gegen die Hausbesetzer*innen der Juliusstr. 40

**am 14. 12. 2015 um 10.30 Uhr; Saal 288
Sievekingplatz 3, Strafjustizgebäude**

Vor mittlerweile über 5 Jahren, am 16. 10. 2010, wurde das sogenannte „Geisterhaus“ in der Juliusstr. 40 im Schanzenviertel besetzt. Am gleichen Abend wurde die Besetzung durch ein großes Polizeiaufgebot beendet. Dabei kam es zu zahlreichen Verletzten und Festnahmen auf Seiten der Unterstützer*innen.

Bei der Räumung wurde mutwillig die Eingangstür des Hauses von den eingesetzten Polizeikräften zerstört. Bereits im November 2011 endeten die wegen angeblichen Hausfriedensbruchs eingeleiteten Strafverfahren mit der Verhängung von Geldstrafen. Gegen eines dieser Urteile wurde von der Staatsanwaltschaft sowie von der Beschuldigten Berufung eingelegt.

Mit der Verhandlung ist im kommenden Jahr zu rechnen.

Die Eigentümer des Gebäudes, nämlich die Familie um Ernst-August Landschulze, strebt nun einen weiteren Prozess an. Ziel des Prozesses ist, dass die Beschuldigten die Kosten in Höhe von anfangs 8.564,61 € für die Maßanfertigung einer schicken, neuen Mahagonitür tragen sollen. Inzwischen belaufen sich die Kosten allerdings auf ca. 12.000 €, da im Laufe der vergangenen Jahre Zinsen auf die Kosten der Tür sowie Gerichts-/Anwaltskosten hinzugekommen sind.

Das Haus Juliusstr. 40 sowie diverse andere Objekte im Schanzenviertel und Umgebung befinden sich im Besitz der Familie Landschulze. Seit ca 9 Jahren steht das Haus leer bis auf eine vermietete Wohnung und zwei Gastronomiebetrieben im Erdgeschoss. Die verbliebene Mieterin wird seit Jahren von Landschulze drangsaliert, indem er diverse Räumungsklagen gegen sie angestrebt hat.

Die immer wieder vorgebrachte Argumentation, dass angebliche Sanierungsarbeiten noch immer nicht abgeschlossen seien, findet anscheinend bei den zuständigen Behörden uneingeschränkte Akzeptanz. Bis heute hat die Familie Landschulze trotz diverser Anzeigen wegen Verstößen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum keinerlei Konsequenzen zu spüren bekommen.

Im vergangenen Jahr stellte sich heraus, dass zumindest in einer Wohnung die Sanierungsarbeiten abgeschlossen waren. Bis heute ist die 115 Quadratmeter große Wohnung jedoch nicht vermietet.

In Anbetracht der Wohnungsnot in Hamburg ein unhaltbarer Zustand!

Auf die profitorientierten, widerlichen Verhaltensweisen von Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft, von Landschulzes und Co., gibt es nach wie vor nur eine Antwort:

Nehmt euch die Stadt!

Nehmt euch die Häuser!

Es ist wichtig, gegen die sogenannten Normalzustände eine maximale Öffentlichkeit zu schaffen und auf vielfältige Art und Weise deutlich zu machen, was wir von Leerstand, polizeilichen Räumungsszenarios und ähnlichen Unzumutbarkeiten halten.

Privatisierung und Ökonomisierung städtischer Räume, Gentrifizierung und die gezielte Verdrängung „unliebsamer“ Menschen sind ein Teil dieser Standortpolitik.

Die Inwertsetzung bisher preiswerter Wohnviertel hat sich zu einem ständigen Begleiter städtischer Verdrängung entwickelt und steht für die neoliberale Version kapitalistischer Urbanisierung.

Sanierte Häuser und immer neue Gewerbenutzungen stehen nicht nur für einen Wandel der Stadt, sondern vor allem für steigende Wohnkosten, die Verdrängung ökonomisch Benachteiligter und die Durchsetzung neuer Sozialstrukturen in den betroffenen Vierteln. Diese immobilienwirtschaftlichen Aufwertungsstrategien lösen berechtigterweise Proteste und Widerstand bei den Bewohner*innen

aus. Wir werden uns weder durch strafrechtliche oder zivilrechtliche Prozesse, noch durch andere Formen der Repression einschüchtern lassen!

Wir erklären uns solidarisch mit vergangenen und zukünftigen Besetzungen in Hamburg, Berlin und anderswo.

Hausbesetzungen bei systematischem Leerstand sind notwendig!
Was den anstehenden Prozess betrifft, so stellen wir fest:
Polizeilichen Vandalismus zu finanzieren ist nicht unsere Aufgabe!

Die Stadt gehört allen!
Hausbesetzungen durchsetzen und verteidigen!

V.i.S.d.P.: P. Langstrumpf, Juliustr. 40, 20357 Hamburg